

Kommunal relevante Aussagen der Sondierungsergebnisse von SPD und CDU/CSU

Aus kommunaler Sicht enthält das „Ergebnispapier der Sondierungen“ folgende wichtige Aussagen:

- „Unser Ziel ist Vollbeschäftigung. **Insbesondere Langzeitarbeitslose gilt es besser zu fördern** und zu aktivieren und ihnen den (Wieder)Einstieg in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen.“ (S. 6) ... „Mit einem ganzheitlichen Ansatz wollen wir die Qualifizierung, Vermittlung und Reintegration von Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt vorantreiben. Dazu schaffen wir ein **neues Regelinstrument im SGB II „Teilhabe am Arbeitsmarkt für alle“** und ermöglichen auch in den Ländern den **Passiv-Aktiv-Transfer**. Wir stellen uns eine Beteiligung von 150.000 Menschen vor. Die Finanzierung des Programms muss über den Eingliederungstitel gewährleistet werden, den wir hierfür um eine Milliarde jährlich aufstocken werden.“ (S. 8)
- „Wir werden die **Mittel für das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) erhöhen und dynamisieren.**“ (S.7) ... „Wir wollen Fahrverbote vermeiden und die Luftreinhaltung verbessern. ... Dafür bedarf es eines ganzen Bündels von Maßnahmen, wie zum Beispiel der Förderung der Elektromobilität, des Öffentlichen Personennahverkehrs und des Schienenverkehrs; ...“ (S. 8)
- „Wir werden ein **gesamtd deutsches Fördersystem für strukturschwache Regionen** entwickeln, das allen Bundesländern gerecht wird.“ (S. 6) ... Unser Ziel sind gleichwertige Lebensverhältnisse in handlungsfähigen Kommunen im urbanen und ländlichen Raum, in Ost und West:
 - Wir werden alle bisher **kommunal entlastend wirksamen Finanzprogramme fortführen**, sicherstellen und anpassen, u.a. die Städtebauförderung und Integrationsprogramme.
 - Wir werden Strukturschwächen im ländlichen Raum, in Regionen, Städten und Kommunen in allen Bundesländern bekämpfen, ... Dabei prüfen wir auch **Maßnahmen** im Sinne der Hilfe zur Selbsthilfe **für Kommunen zum Beispiel mit Altschulden und hohen Kassenkrediten.**“ ... (S. 22)
- „Wir werden ein Maßnahmenpaket zur Bekämpfung der Kinderarmut schnüren: Dazu wollen wir **zur Entlastung einkommensschwacher Familien den Kinderzuschlag erhöhen.**“ (S. 9)
- „Wir wollen die bestmögliche Betreuung für unsere Kinder und die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Dau **unterstützen wir Länder und Kommunen weiterhin beim Ausbau und bei der Steigerung der Qualität** von Kinderbetreuungseinrichtungen und dem Angebot an Kindertagespflege sowie **zusätzlich bei der Entlastung von Eltern bei den Gebühren.**“ (S. 10) Hierfür werden laut Finanztableau allein 3,5 Milliarden Euro zusätzlich aufgewandt (S. 16).

- „Wir werden einen **Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung im Grundschulalter** schaffen. Dabei werden wir auf Flexibilität achten, bedarfsgerecht vorgehen und die Vielfalt der in den Ländern und Kommunen bestehenden Betreuungsmöglichkeiten der Kinder- und Jugendhilfe und die schulischen Angebote berücksichtigen. **Für die Ausgestaltung wollen wir das SGB VIII nutzen.**“ (S. 10) Hierzu werden im Finanztableau 2,0 Milliarden Euro zusätzlich als „Programm Ganztagschule/Ganztagsbetreuung“ ausgewiesen.
- Wir werden eine **Investitionsoffensive für Schulen in Deutschland** auf den Weg bringen. Diese umfasst zusätzlich zum laufenden Schulsanierungsprogramm die Unterstützung der Länder bei ihren Investitionen in die Bildungsinfrastruktur, insbesondere Ganztagsschul- und Betreuungsangebote, Digitalisierung und berufliche Schulen. Dazu werden wir die erforderliche Rechtsgrundlage in Art. 104c GG anpassen (Streichung des Begriffs „finanzschwache“ in Bezug auf die Kommunen).“ (S. 11) Das entspräche einer **Aufhebung des sogenannten „Kooperationsverbotes“** im Bereich der schulischen Infrastruktur.
- „Wir stellen eine **weitere Finanzierung der laufenden Maßnahmen zur Entlastung von Ländern und Kommunen bei den Flüchtlingskosten** (Integrationspauschale, Kosten der Unterkunft, Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge) in den Jahren bis 2021 **mit insgesamt weiteren acht Milliarden Euro sicher** und gestalten sie gemeinsam, wo erforderlich, effizienter neu aus.“ (S. 16/17)
- **„Die kommunalen Steuerquellen werden wir sichern.“** (S. 17)
- „Unser Ziel ist es, dass 1,5 Millionen Wohnungen freifinanziert und öffentlich gefördert gebaut werden. Hierzu sind **Maßnahmen im Bereich der Baulandmobilisierung, finanzielle Anreize und Maßnahmen zur Eigentumsbildung** erforderlich“ (S. 22)... „Unser Ziel ist es, dass **eine finanzielle Überforderung von Mietern** durch unverhältnismäßig steigende Mieten **vermieden** wird.“ (S. 23) ... „Wir werden die **Anpassung des Wohngeldes** an die jeweiligen allgemeinen und individuellen Lebensbedingungen vornehmen.“ (S. 23) ... „Die anzustrebenden **CO₂-Einsparungen** können auch **auf Quartiers- und Siedlungsebene bilanziert** werden.“ (S.23)... „wir werden die **Modernisierungsumlage** mit Blick auf die gesunkenen Zinsen **absenken** ...“ (S. 23)

Über die direkt kommunal relevanten Aussagen hinaus enthält das Sondierungsergebnis auch andere wichtige politische Festlegungen. Eine deutliche sozialdemokratische Handschrift tragen das Europakapitel, das eine substantiellen **Stärkung Europas mit einer neuen Kooperation zwischen Deutschland und Frankreich** vorsieht, sowie auch Punkte, wie die **Sicherung der gesetzlichen Rente** auf dem heutigen Niveau von 48 % und die **Schaffung einer Grundrente**, eine „**Konzertierte Aktion Pflege**“.

Zusammenstellung: Bundes-SGK e.V., Berlin.